

## Pressemeldung zur Feuerschutzsteuer

„Ich werde einem Gesetzentwurf nicht zustimmen, der Mittel aus der Feuerschutzsteuer in den allgemeinen Haushalt umleitet“, das erklärt die CDU-Landtagsabgeordnete Marlies Kohnle-Gros heute mit Nachdruck gegenüber der Presse. Das sei systemwidrig und schade der Ausstattung gerade der ehrenamtlichen Feuerwehren vor Ort, empört sich die Politikerin.

Im Landtag ist derzeit ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen in der Beratung, der von den ca. 16 Millionen Euro, die dem Land Rheinland-Pfalz aus der sog. Feuerschutzsteuer, die auf Versicherungsverträge, die gegen Brandschäden abgeschlossen werden vom Versicherungsunternehmen zu entrichten ist, aufgrund eines Bundesgesetzes erhoben wird. Diese Mittel aus der Feuerschutzsteuer sind grundsätzlich zweckgebunden und sollen dem Brandschutz zugute kommen. Das wollen die Regierungsfractionen nun dahingehend ändern, dass sie die Zweckbindung in Höhe von je 3 Millionen Euro in den Jahren 2012 und 2013 aufheben und die Mittel dem allgemeinen Haushalt zuführen.

Marlies Kohnle-Gros: „Da die Mittel die Aufgaben des Brandschutzes bei den Kommunen unterstützen sollen bedeuten die vorgesehenen Einsparungen für die Gemeinden eine weitere finanzielle Belastung, ist doch der Förderstau laut Landesfeuerwehrverband in den letzten Jahren auf rund 50 Millionen Euro angewachsen. Außerdem werden bereits derzeit in Rheinland-Pfalz nur knapp die Hälfte der Steuermittel als Zuschuss für den Brandschutz, also für die Beschaffung von Fahrzeugen und den Bau von Feuerwehrhäusern. Mehr als die Hälfte der Gelder werden für die Aufwendungen des Landes selbst sowie Rückstellungen für die Einführung des Digitalfunks verwendet.“

Wie heißt es im Gesetzentwurf von Rot/Grün so schön: Es sei erforderlich, auch im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 jeweils einen Beitrag in Höhe von 3 Mil. EUR von der Zweckbindung der Feuerschutzsteuer auszunehmen. Dies soll dazu dienen, so wörtlich, in diesen beiden Haushaltsjahren das Feuerschutzaufkommen in Höhe von 3 Mio. für andere wichtige staatliche Aufgaben zu verwenden. Marlies Kohnle-Gros: Sparen auf Kosten der Feuerwehren und das Geld für andere wichtige Dinge ausgeben, wie geht das mit der Gewährleistung der inneren Sicherheit zusammen, wie es im Gesetzentwurf heißt? Die Abschmelzung von Stellen bei der Polizei und jetzt auch noch Sparen zu Lasten des Brandschutzes, das geht nicht zuletzt auch zu Lasten der Menschen im ländlichen Raum; dem werde ich mich auch für die unzähligen Ehrenamtlichen, die sich in vorbildlicher Weise für unser Gemeinwesen engagieren, widersetzen, so die CDU-Abgeordnete.

Marlies Kohnle-Gros